ote Volkspartei, denn etwas anderes ist es doch wohl nicht, wenn die linken Sozialdemokraten erklären, daß sie auf die Auswirkungen von Silverbergs Rede warten wollen, herunterzuschreiben und obendrein demselben die Form zu geben, daß die Arbeiter nicht merken sollen, was los ist. Wir erachten es deswegen für angebracht, diese Maske ein bißchen zu lüften und zu zeigen, daß man im linkssozialdemokratischen Lager bereit ist, das Silverbergsche Angebot anzunehmen. Gleichzeitig erklärt man sich auch hier, wenn auch in noch versteckterer Form, bereit, mit den 23 zusammenzugehen. Eine andere Auslegung kann man den obigen Sätzen doch wohl nicht gut geben, oder man müßte annehmen, daß die „Meißner Volkszeitung" eine Attacke für die 23 reitet und ihren Appell für die 23 an die Volkspartei richtet. Silverberg hat erklärt, daß die Industriellen sich auf den Boden der Republik stellen und die „Volksztg. für Meißen" erklärt:

„Wir erstreben eine entschieden republikanische Regierung." Es ist ja zur Genüge bekannt, daß die gesamte Sozialdemokratische Partei die jetzt bestehende kapitalistische Republik als den Staat, den sie zu verteidigen hat, anerkennt. Sie wollen nichts anderes, als in diesem Staat noch einige sozialdemokratische Minister, Regierungsräte und Beamte. Das ist die Grundtendenz ihrer Tätigkeit. Der Artikel der „Meißner Volkszeitung", der sich bemüht, stilistische Konzessionen an die Arbeiter zu machen, spricht ziemlich deutlich die wirkliche Tendenz der Sozialdemokratischen Partei aus. Natürlich fehlt in diesem Artikel nicht die Unterstreichung der Gemeinsamkeit mit den rechten Sozialdemokraten und den von diesen beherrschten Gewerkschaften. Man schreibt:

„Uns sollen das Heidelberger Programm sowie die Willensäußerungen des Heidelberger **Parteitages Richtlinie des politischen Handelns sein.** Wir sind gewillt praktische Arbeit zu leisten. Das Los der Arbeiter muß im täglichen Kleinkrieg verbessert werden. Dabei nehmen wir gern die Hilfe der freien Gewerkschaften in Anspruch. Wir erwarten Anregungen und Stützung durch dieses so wichtige Glied der modernen Arbeiterbewegung."

In ihrem Aufruf zum Landesparteitag in Sachsen erklärten die alten Sozialdemokraten:

„Darum kann es auch am 6. Juni nichts anderes als ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie und zum Heidelberger Programm als **der Richtschnur unseres Handelns geben.**"

Wir haben also nicht nur die sinngemäße, sondern die fast wörtliche Uebereinstimmung mit den alten Sozialdemokraten.

Die Arbeiter Sachsens müssen die Wahlproklamation der sozialdemokratischen Führerschaft ständig und genau kontrollieren. Sie müssen gerade während des Wahlkampfes lernen, die radikalen Worte von dem wirklichen Sinn dieser Proklamationen zu unterscheiden. Dann werden sie erkennen, welche Partei allein die Interessen der Arbeiter vertritt und wirklich gegen die Reaktion kämpft.

O jeh!

Die Chemnitzer SPD-Presse kritisiert den „Volksstaat", das Organ der ASPS, welche die ausgesprochen bürgerlichfischige illustrierte Wochenbeilage „Zeitgeschehen im Wochenbild" seinen Abonnenten mitliefert. Die Redaktion des „Volksstaats" plaudert nun aus der Schule, daß „sie selbst unschuldig" ist, wenn dieses miserable Bilderblatt „im Geiste Nietzsch" (des verflichtigten gelben freigewerkschaftlichen Kapitalfreundes) geschrieben ist. „Zeitgeschehen" werde

im selben sozialdemokratischen „Phönix-Verlag Berlin" herausgegeben, welcher auch das zentrale Bilderblatt der SPD-Presse „Volk und Zeit" redigiert.

Darum könne es passieren, daß sogar August von Sachsen konterfeit werde und die Bilderbeilage so täglich mißlang, daß nicht einmal der „Volksstaat" sie seinen sozial-faschistischen Anhängern zu bieten wagt.

Hindenburg gegen den polnischen Ratssitz

Berlin, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die SPD-Presse hat vor einigen Tagen berichtet, daß Hindenburg sich in einem Telegramm an die deutsche Delegation in Genf gewandt hat, in dem er aufforderte, gegen den polnischen Ratssitz zu stimmen. Die „Frankfurter Zeitung" bestätigt die Absendung des Telegramms, obwohl vom Auswärtigen Amt das Telegramm dementiert worden war. Das „Berliner Tageblatt" meldet dagegen aus Genf, daß zwar nicht Hindenburg, aber der Reichskanzler Marx in einem Telegramm die Stellungnahme Hindenburgs zum polnischen Ratssitz mitgeteilt habe.

Was will Stresemann bei Briand?

Die romantische Zusammenkunft Stresemanns mit Briand in dem Dorf bei Genf hat ein großes Rätselspiel eingeleitet, was die beiden Minister verabredet haben mögen. Die offiziösen Berichte über die Ministerkonferenz sind nichtssagend. Trotzdem läßt sich einigermaßen feststellen, um welche Fragen es sich bei der Konferenz Stresemanns mit Briand gehandelt hat.

Zwischen Deutschland und Frankreich schweben zur Zeit außerordentlich wichtige wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen. Ihr Ziel ist erstens die Schaffung eines langfristigen deutsch-französischen Handelsvertrages und zweitens der Abschluß des deutsch-französischen Eisenpaktes. Diese wirtschaftliche Annäherung ist die eigentliche Grundlage für die Verhandlungen zwischen Briand und Stresemann. Aber es ist nicht anzunehmen, daß die beiden Minister sich über die Einzelheiten der Wirtschaftsabmachungen unterhalten haben.

Von den politischen Streitfragen im engeren Sinne ist die Frage der deutschen Entwaffnung von sehr geringer Bedeutung. Im wesentlichen ist die französische Bourgeoisie mit der Gestaltung der deutschen Reichswehr einverstanden. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen Briand und Stresemann war vielmehr die Frage des besetzten Gebietes. Die deutsche Regierung verlangt im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund den vorzeitigen Abmarsch der Entente-Truppen aus dem Rheinland und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland. Für Frankreich ist die praktische Bedeutung einer Fortdauer der Rheinlandbesetzung nur noch gering. Strategisch wichtig war die Besetzung des linken Rheinufers so lange, wie Frankreich die ganze Rheinlinie beherrschte. Seit der Räumung der Kölner Zone durch die Entente-Truppen ist das nicht mehr der Fall. Die Reparationsverpflichtung Deutschlands wird seit Annahme des Dawesplanes vom amerikanischen Finanzkapital kontrolliert. Die Anwesenheit des Reparationsagenten in Berlin ist ein viel stärkerer Druck auf Deutschland als der Aufenthalt der französischen Garnison in Trier. Dazu kommt endlich der Umstand, daß die Besatzungskosten auf Deutschlands Jahresleistung unter dem Dawesplan angerechnet werden. Frankreich hat also von dem Verbleiben einer fremden Garnison im Rheinland keinen finanziellen Vorteil.

Deutschlands Zwang zur Westorientierung liegt seit Annahme des Dawesplanes in den wirtschaftlichen Bindungen und nicht in der Anwesenheit der fremden Besatzungstruppen. Frankreich könnte also ohne realen Schaden auf die Rheinlandbesetzung verzichten. Die deutsche Bourgeoisie drängt vor allem aus Prestigegründen auf die baldige Räumung des besetzten Gebietes. Infolgedessen will sich die französische Bourgeoisie dieses Zugeständnis möglichst teuer bezahlen lassen. Frankreich wäre gewillt, seine Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen, wenn Deutschland zugunsten der französischen Staatskasse eine große Extrazahlung leistet. So befinden sich in der Hand des Reparationsagenten die deutschen Eisenbahnobligationen, das sind die Wertpapiere, deren Verzinsung die Reichsbahn jährlich aufzubringen hat. Schon seit einiger Zeit wird der Plan erwogen, ob nicht einige Milliarden durch Verkauf solcher Obligationen zu erzielen wären und Frankreich überwiesen werden können. Entweder könnte die deutsche Reichsregierung aus eigenen Mitteln Eisenbahnobligationen kaufen oder Deutschland könnte für diesen Zweck eine Auslandsanleihe aufnehmen oder man könnte gegen angemessene Provision die amerikanischen Bankiers zum Kauf von deutschen Eisenbahnpapieren veranlassen. Ganz gleich, welcher dieser Wege gegangen wird, würde sich dabei eine außerordentliche Mehrbelastung des deutschen Steuerzahlers ergeben. Herr Stresemann wird also bestenfalls den „Befreier" des Rheinlands auf Kosten des schon genug ausgebeuteten deutschen Proletariats spielen können.

Vom Eisenpakt

Die Schwierigkeiten beim Abschluß des Eisenpaktes zwischen den daran beteiligten europäischen Kapitalisten zeigen am deutlichsten, wie wenig eine friedliche Entwicklung in kapitalistischen Staaten möglich ist. Am 17. dieses Monats waren die Vertreter der verschiedenen Kapitalisten wieder zusammen. Die Belgier forderten Erhöhung des ihnen zugestandenen Kontingents von 265 000 To. auf 290 000 To. Der Erfolg war, daß die Vertreter auseinandergingen — ohne einen Abschluß zu treffen.

Sozialdemokratische Arbeiter gegen das Reichsbanner

In Breslau, wie auch in anderen Städten Schlesiens, wächst die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter. In einer ganzen Anzahl Fälle arbeiten die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Willen ihrer Führer mit den Kommunisten zusammen. Im Reichsbanner ist ebenfalls eine starke Gärung vorhanden. In Breslau, Görlitz und anderen Städten sind eine Anzahl Mitglieder des Reichsbanners zum RFB übergetreten. Außerdem hat sich in der Breslauer Organisation des Reichsbanners eine Abspaltung vollzogen, indem zirka 600 sozialdemokratische Mitglieder des Reichsbanners den „Sozialistischen Kampfbund" gründeten. Dieser Bund wendet sich an die Arbeiter im Reichsbanner mit folgendem Aufruf:

„Auf Sozialisten, schließt die Reihen!"

Genossen! Proletarier! Eure wirtschaftliche Lage wird von Tag zu Tag schlechter. Immer mehr werdet ihr vom Elend erfaßt, ohne euch zu fragen, wer daran schuldig ist. Nein, ihr vergeßt nicht nur zu fragen, wie sie heißen, sondern unterstützt sie noch, duldet sie in euren Reihen und ruft ihnen kräftige „Frei Heils" zu, anstatt die Volksfeinde, die sich auf eure Kosten, mit eurem Schweiß ihre Parteisuppe kochen, zum Teufel zu jagen. Ihr haltet sie für Republikaner und vergeßt dabei, daß sie schon morgen, **wenn der Wind von „rechts" wehen würde, zum größten Teil dieser Richtung zujubeln würden.** Der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieber, Duisburg, erklärte nach dem Bericht in Nr. 191 des „Bochumer Anzeigers" unter anderem folgendes: „Wir christlichen Arbeiter haben keine Revolution gewollt. Die christliche Arbeiterschaft hat von jeher auf dem Boden der monarchistischen Staatsverfassung gestanden". Diese monarchistische Ueberzeugung konnte man ja auch bei dem Volksentscheid feststellen.

Genossen! Reichsbannerkameraden! Denkt an den Reichskanzler Marx, der die bewährte Politik des Kabinetts Luther fortsetzt; denkt an die Flaggenverordnung, an den Hindenburgbrief im Volksentscheid, den euer Kamerad Marx deckte. Hat nicht auch in Breslau euer Kamerad Kunzemann erklärt, daß das RB geschlossen hinter dem Reichspräsidenten Hindenburg steht und die Angriffe auf Hindenburg zurückweisen muß.

Haben eure Kameraden Interesse an eurem Wohlergehen, stimmten nicht Demokraten und Zentrum für die Zollerhöhung, Stimmten sie nicht immer gegen die Vertreter der „begehrlichen Massen". „Wacht auf, Verdammte dieser Erde." Dort August Bebel: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!"

Werdet Kämpfer für den Sozialismus!"

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die dem Reichsbanner den Rücken kehren, dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Sie müssen eine Kampfgemeinschaft mit dem RFB mit dem Ziel, in diese Kampforganisation der Arbeiterschaft aufzugehen, schließen.

Faschistenüberfall auf Reichsbannerangehörige

Köln. In Brühl überfielen Faschisten anläßlich ihres „Deutschen Tages" Mitglieder des Reichsbanners und rissen ihnen die Abzeichen ab. Eine faschistische Rotte versuchte das Lokal der freien Gewerkschaften zu stürmen, da sie dort Vertreter der englischen Bergarbeiter, die im Kölner Bezirk für die Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks warben, vorzufinden glaubten. Auch Anhänger des katholischen Windhorstbundes wurden von den Faschisten belästigt. Die Polizei griff bei den faschistischen Ausschreitungen überhaupt nicht ein, sondern unterstützte sie durch Duldung.

Die Freunde der Fememörder

Vor dem Femeausschuß des Preußischen Landtages stellte sich erst an diesem Mittwoch die enge Verbindung des deutschnationalen Abgeordneten Jahnke mit den Fememördern von der Schwarzen Reichswehr heraus. Ein würdiges Ergänzungsstück zu den Enthüllungen Gratze-Lehders über die Kube, Wulle und Alemann, die Führer der Völkischen Partei. Der „Vorwärts" veröffentlicht am Donnerstag ein Schreiben des Majoratsbesitzers von Granach an den bekannten Stahlhelmführer Düsterberg in Halle, in dem dieser zu einer Kampagne am Stahlhelm, für die Begnadigung des Fememörders Aschenkampf und seiner Mitmörder aufgefordert wird. Düsterberg hat dieses Schreiben an die Bundesleitung des „Stahlhelms" weitergegeben, mit der Angabe, es an bestimmte deutschnationale Reichstagsabgeordnete zu schicken. Er fügte diesem Schreiben wörtlich folgendes hinzu:

„Es muß alles geschehen, es handelt sich um vier Menschenleben! Männer, die um schnödes Geld unsere militärischen Pläne dem Feind verraten haben und hierdurch den Tod von Tausenden verursachten, spricht man frei, und diesen armen Teufeln will man ans Leder."

Nebensächlich an dieser Notiz ist, daß in ihr behauptet wird, die sogenannten „Landesverräter" würden vor deutschen Gerichten freigesprochen werden. Ganz im Gegenteil wurden die schwersten Strafen gegen diejenigen verhängt, die gegen die Rüstungen der deutschen Konterrevolution öffentlich Stellung nahmen.

Die Parteimitglieder gegen die Zersetzungsaktion

Am Sonnabend, den 18. September, fand eine Mitgliederversammlung der Straßenzellen Cotta 5 und 6 statt, die zu der politischen Lage und den Aufgaben der Partei Stellung nahm. In der lebhaften Diskussion, an der sich auch die oppositionellen Genossen beteiligten, zeigte es sich, daß sämtliche Mitglieder scharf gegen das „Memorandum" der 700 Stellung nahmen.

Zur Parteidiskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 18. September versammelten Mitglieder der Straßenzellen Dresden-Cotta 5 und 6 erklären nach dem Referat des Vertreters der BL über Lage und Aufgaben der Partei und anschließender Diskussion ihre Empörung über den Vorstoß der 700 Mitglieder gegen die Politik der Komintern und des ZK der KPD und weisen ihn als einen Versuch der Zersetzung und Lähmung der Aktionskraft der Partei zurück. Besonders weisen sie darauf hin, daß dieser Vorstoß von der SPD und dem Bürgertum als Beginn einer Spaltung der Partei mit Jubel begrüßt wird. Das sollte denjenigen Arbeitern, die das „Memorandum" unterschrieben haben, ohne die Konsequenz dieser Stellungnahme zu erkennen, eine ernste Warnung sein. Die Partei steht mitten in der Aktion zur Sammlung aller proletarischen Kräfte gegen die Offensive der Bourgeoisie, einer Aufgabe, die nur sie erfüllen kann, wenn sie darauf alle ihre Energie konzentriert. In dieser Situation braucht sie geschlossene Reihen. Wer dies sabotiert, wird zum Verräter an unserer Sache. Den 700 Genossen muß ein letztes Halt entgegengerufen werden. Ein Schritt weiter auf diesem Wege führt sie ins Lager der Feinde der proletarischen Revolution."

Erneuter Aufstand in Spanien

Paris, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse meldet wieder Alarmmeldungen aus Spanien. In San Santander haben meuternde Infanterieoffiziere das Stadthaus und das Telegraphenamt besetzt. Der Bahn- und Telegrammverkehr mit San Santander ist unterbrochen.

Ufhowka

Im Revolutionstheater von Moskau gibt man jetzt augenblicklich ein Stück „Ufhowka" genannt, von Schimkewitsch. Ufhowka? Das ist doch das russische Dorf, das durch die russische Revolution umgestaltet wurde. Kommunisten gibt es, die Ordnung halten, aufklären, Klubs gründen, mit gutem Beispiel vorangehen, Komsomols, die lernen, Zirkel für Aufklärung und Unterricht, Wandzeitung, Lenin-Ecke, Wohlfahrtsamt, Hilfsstelle für arme Bauern. Nicht wahr, so hat sich doch heute das russische Dorf verändert? Ja, so hat es sich verändert, aber nicht in dem Dorf dieses Theaterstückes, nicht im Dorf Ufhowka.

In Ufhowka gibt es einen Dorfsowjet, einen Klub, ein Komitee für gegenseitige Hilfe — aber es gibt nur einen Kommunisten, und dieser übt eine eigennützige Diktatur aus. Er ist Vorsitzender des Dorfsowjets und versteht es, alle Macht in seine Hände zu spielen und für seinen Nutzen auszubeuten. Er stammt aus einer Kulakenfamilie, unterliegt dem Einfluß seines Vaters und des selbstgebrannten Schnapses und hält es mit den Kulaken. Die Bauern sind unzufrieden, die Steuern wurden bei ihnen durch den Vorsitzenden des Dorfsowjets ungerecht verteilt. Was hatte sich denn bei ihnen geändert? Pope und Kulak hielten noch immer in treuer Vereinigung mit den „Kommunisten" zusammen, lebten gut, während sie sich den Kopf zerbrachen, womit sie das Land bestellen würden, nachdem ihnen der Dorfsowjet auch das Letzte genommen hatte.

Aus der Reihe der armen Bauern erwächst ein Selkor (Dorfkorrespondent): der Bauer Doronin. Während die Bauern klagen und verzweifelt sind, spricht er ihnen Mut zu. Er wird einen Bericht schreiben über ihre Verhältnisse und ihn in die Stadt schicken. Dort wird man ihn veröffentlichen und ihnen dann schon helfen. Die Bauern sind voller Zweifel: „Wer wird uns glauben, wir sind doch keine Parteimitglieder?" Doch Doronin gibt die treffliche Antwort: „Wir sind zwar keine Mitglieder der KPR, aber wir sind arme Bauern, und das Recht ist auf unserer Seite." Nicht alle haben den Mut Doronins, und so übernimmt er es, allein für seine Klassengenossen einzutreten. Sein Bericht erscheint in der Presse. Die Kulaken versuchen ihn zu kaufen, damit er schweige. Als er darauf nicht eingeht, wird er auf Anstiftung der Kulaken und des „Kommunisten" ermordet. Es erwartet ihn ein ehemaliger armer Bauer, der als Polizist im Dorf angestellt wurde und von den Kulaken durch Schnaps und das Versprechen, ihm für die Ermordung 300 Rubel zu geben, gefügig gemacht wurde. Nachdem der Mord geschehen ist, plündert er die Taschen Doronins: Ein Haufen Papiere. Auch über ihn steht etwas geschrieben, und von Neugier getrieben, liest er mit bebenden Lippen: „Unser Polizist war früher auch einmal ein ehrlicher, armer Bauer, . . . jetzt aber von den Kulaken gewonnen . . ."

Doronin wird beerdigt. Das ganze Dorf gibt ihm das letzte Geleit. Langsam bewegt sich der Zug, und noch ertönt die Musik des Trauermarsches, immer und immer sich wiederholend.

„Doronin werden andere ersetzen" ist der Schrei der armen Bauern.

Aus der Stadt ist eine Untersuchungskommission eingetroffen. Der „Kommunist" ist geflohen, nur der Kulak kann festgenommen werden, und während die Bauern diesen umringen, drängt durch die Menge der Polizist und Mörder Dorosins. Er wirft sich auf die Knie vor seinen Kameraden, die er so schmählich verriet und unter bitterer Reue erzählt er seine Tat, sie mit herzzerreißenden Klagen begleitend und sich verzweifelt auf die Erde werfend.

Dieses Stück zeigt, wie die „dumpfen Bauernmassen" durch die Revolution aufgeweckt wurden und zäh gegen die noch hier und da auftretende Ausbeutung der Kulaken ankämpfen. Dieses Stück ist die beste Widerspiegelung des Aufklärungsprozesses unter den breiten Schichten der armen Bauernschaft Rußlands: Einmal zum Klassenbewußtsein erwacht, kämpfen sie gegen jede Unterdrückung und werden Hüterin des Sowjetgedankens.

In Rußland scheut sich das Theater nicht, rücksichtslos Schäden aufzudecken, auch wenn es gilt, Uebergriffe sogenannter „Kommunisten" zu brandmarken, welche, die Zeit für günstig haltend, sich in die Reihen der Kommunisten einzuschleichen gedachten.

Lene Radó.

Aus dem Musikleben der Ukraine. Vor kurzem ist in der Ukraine die Staatliche Philharmonische Gesellschaft „Ukrphil" gegründet worden. Diese Gesellschaft wird demnächst in den verschiedenen Städten der Ukraine Konzerte veranstalten, zum Teil unter Mitwirkung ausländischer Künstler. — Jüngst fand die Vereinigung der drei großen staatlichen Opernbühnen der Ukraine, Charkow, Kiew und Odessa, statt. Die Heranziehung ausländischer Dirigenten ist in Aussicht genommen. Der Bühnenraum der Odessaer Oper, der im vorigen Jahr durch Feuerschaden zerstört worden war, ist bereits aufgebaut und mit den modernsten theatertechnischen Einrichtungen ausgestattet worden. In der bevorstehenden Spielzeit werden diese drei Bühnen Opern in ukrainischer Sprache aufführen.

Anläßlich des fünfjährigen Bestehens der „Ukrainischen Musikgesellschaft namens Leontowitsch" (Leontowitsch war ein junger ukrainischer Komponist, der als erster nach der Revolution in der Ukraine sich für die nationale Volksmusik eingesetzt hat; L. starb vor sechs Jahren) fand in Kiew ein Kongreß statt, der von sämtlichen Ortsgruppen dieser Gesellschaft beschickt worden war. Es wurde beschlossen, den organisatorischen Mängeln durch Verlegung des Hauptsitzes der Gesellschaft nach Charkow zu begegnen. Ferner beschloß der Kongreß, das Arbeitsgebiet der Gesellschaft zu erweitern und neben der Pflege der nationalen Musik alle musikliebenden Schichten mit der modernen in- und ausländischen Musik bekanntzumachen.

Vom Volkskommissariat für Bildungswesen der Ukraine wurde dieser Gesellschaft die ideologische Leitung sämtlicher Musikinstitute übertragen. Mit wenigen Ausnahmen sind dieser Musikgesellschaft alle Musiker und Musikorganisationen der Ukraine angeschlossen.

Amerika und das russische Theater. Der Direktor des Neuyorker Guild-Theaters, Lee Simonson, der unlängst in Moskau weilte, urteilt wie folgt über das Moskauer Theater:

„Das jetzige Moskau ist wahrhaftig ein Mekka für alle Theaterliebhaber. In Westeuropa und Amerika besteht ein sehr großes Interesse für das russische Theater. Ich bin überzeugt, daß in einigen Jahren Moskau das Theaterzentrum der Welt sein wird, wohin alles, wie früher nach Paris, gehen wird. Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß Moskau die wahre Theaterwelt ist. Solch eine Reichhaltigkeit an Theatern der verschiedensten Richtungen und Arten, wie es in Moskau gibt, ist in keiner anderen Stadt vorhanden. Jedes Theater ist äußerst individuell und übt auf den Zuschauer einen nachhaltigen Eindruck aus. Ich fahre nach Amerika mit reichen Erfahrungen, die ich bei meinen russischen Kollegen erworben habe."

SLUB
Wir führen Wissen.